

Gemeinde Mauerstetten

Rechenschaftsbericht

nach § 77 Abs. 2 Nr. 5 KommHV

zur Jahresrechnung 2006

1. HAUSHALTSVOLUMEN	2
2. PLANVERGLEICH	3
3. WICHTIGE EINNAHME- UND AUSGABEARTEN	4
3.1. EINNAHMEN AUS VERWALTUNG UND BETRIEB	4
3.2. GRUNDSTEUER A	4
3.3. GRUNDSTEUER B	5
3.4. GEWERBESTEUER	6
3.5. EINKOMMENSTEUERBETEILIGUNG	6
3.6. VERWALTUNGS- UND BETRIEBSAUSGABEN	7
3.7. PERSONALAUSGABEN	8
4. INVESTITIONEN	10
5. SCHULDEN	11
6. ZUFÜHRUNG ZUM VERMÖGENSHAUSHALT	13
7. ALLGEMEINE RÜCKLAGE	13
8. KASSENLAGEN	14
9. ÖFFENTLICHE EINRICHTUNGEN	14
9.1. ABWASSERBESEITIGUNG	14
9.2. MEHRZWECKHALLE SONNENHOF	14
9.3. BESTATTUNGSEINRICHTUNG	14
10. ANALYSE	15

1. Haushaltsvolumen

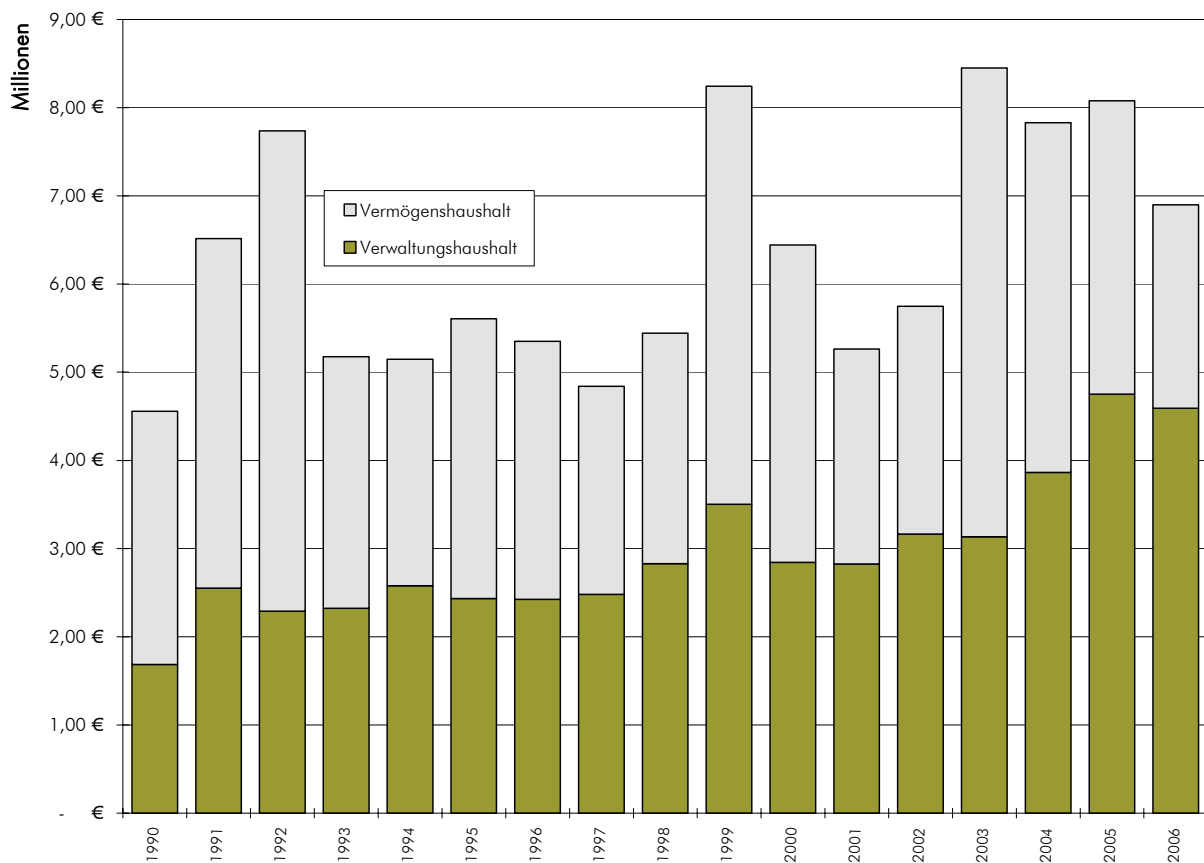
Die Haushaltsrechnung des Haushaltsjahres 2006 schließt im Verwaltungshaushalt in den Einnahmen und Ausgaben mit

4.591.694,89 EUR

und im Vermögenshaushalt in den Einnahmen und Ausgaben mit

2.306.706,57 EUR

ab. Als Jahresabschlussbuchung konnte der Allgemeinen Rücklage ein Betrag von 216.022,25 EUR zugeführt werden. Im Vermögenshaushalt war die Bildung von Haushaltsresten in Höhe von 604.400,00 EUR möglich.



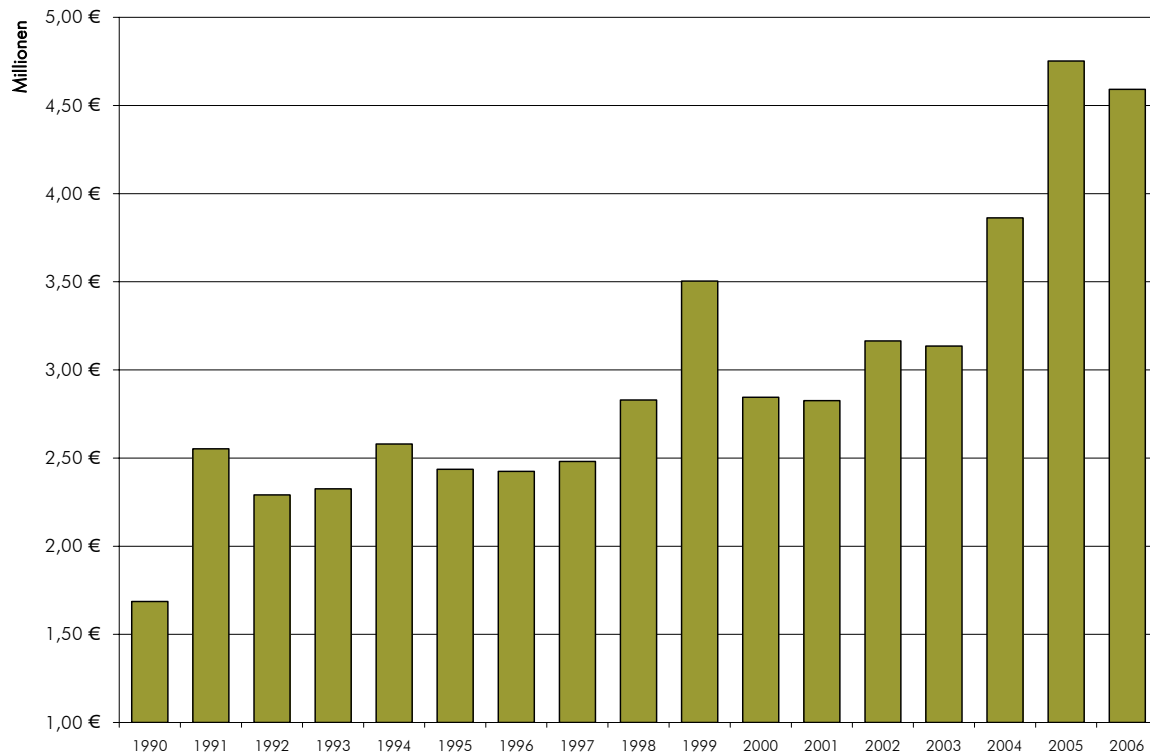
Die Haushaltsvolumina der vergangenen Jahre bewegen sich zwischen 4 und 8,5 Millionen Euro, das Haushaltsjahr 2006 erreicht mit einem Gesamthaushaltsvolumen von 6.898.401,46 EUR einen Wert im oberen Bereich des Spektrums.

Die Einnahmen- und Ausgabensituation entwickelte sich im Verwaltungshaushalt größtenteils wie erwartet, im Vermögenshaushalt wurden die Ansätze zum Teil über- bzw. unterschritten.

Das Jahresergebnis im Vermögenshaushalt mit einer Rücklagenzuführung von 216.022,25 EUR ist erfreulich, zumal noch Haushaltsreste in erheblicher Höhe gebildet wer-

den konnten. Im Haushaltsplan war lediglich eine Rücklagenzuführung von 158.433 EUR veranschlagt gewesen.

Volumen Verwaltungshaushalt



Ein nur leicht geringeres Volumen als im historischen Vorjahr hat der Verwaltungshaushalt mit 4.591.694,89 EUR. Das hohe Volumen resultiert in erster Linie aus dem im Vergleich zu den Vorjahren deutlich gestiegenen Gewerbesteueraufkommen.

2. Planvergleich

	Verwaltungshaushalt	Vermögenshaushalt	Gesamt
Haushaltsansatz	3.924.055 EUR	1.727.228 EUR	5.651.283 EUR
Rechnungsergebnis	4.591.695 EUR	2.306.707 EUR	6.898.401 EUR
Veränderung	+17,01%	+33,55%	+22,07%

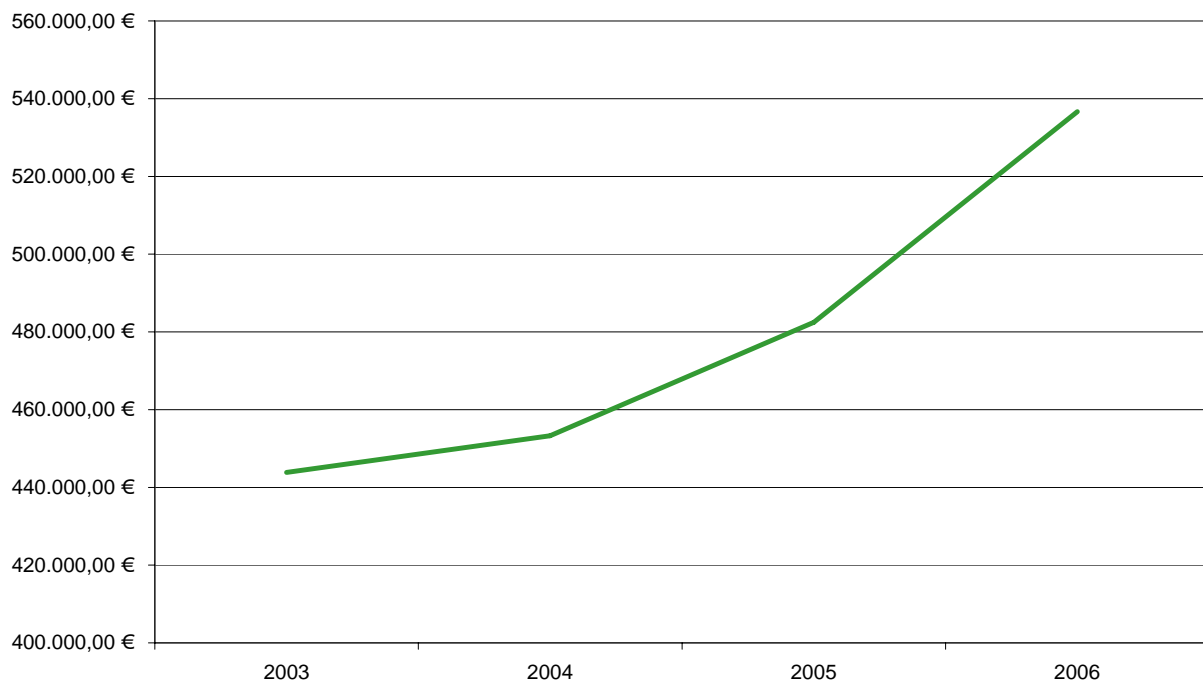
3. wichtige Einnahme- und Ausgabearten

3.1. Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb

Die Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb lagen mit 536.688 EUR um 21,54% über den im Haushaltsplan veranschlagten 441.580 EUR. Gegenüber dem Vorjahr konnten diese Einnahmen deutlich gesteigert werden. Hauptursache der Steigerung waren unvorhergesehene Einnahmen beim Verkauf von Kies und Humus sowie Holzverkauf aus dem Gemeindewald. Ein weiterer Punkt waren höhere Miet- und Pachteinnahmen als veranschlagt.

In diesem Einnahmebereich steckt noch Potenzial, wenn in verschiedenen Bereichen notwendige Gebührenanpassungen vorgenommen werden sollten. Die Gemeinde ist bestrebt, alle gegenüber Dritten erbrachten Leistungen auch entsprechend abzurechnen, um entsprechende Deckungsbeiträge zu erwirtschaften.

Verwaltungs- und Betriebseinnahmen

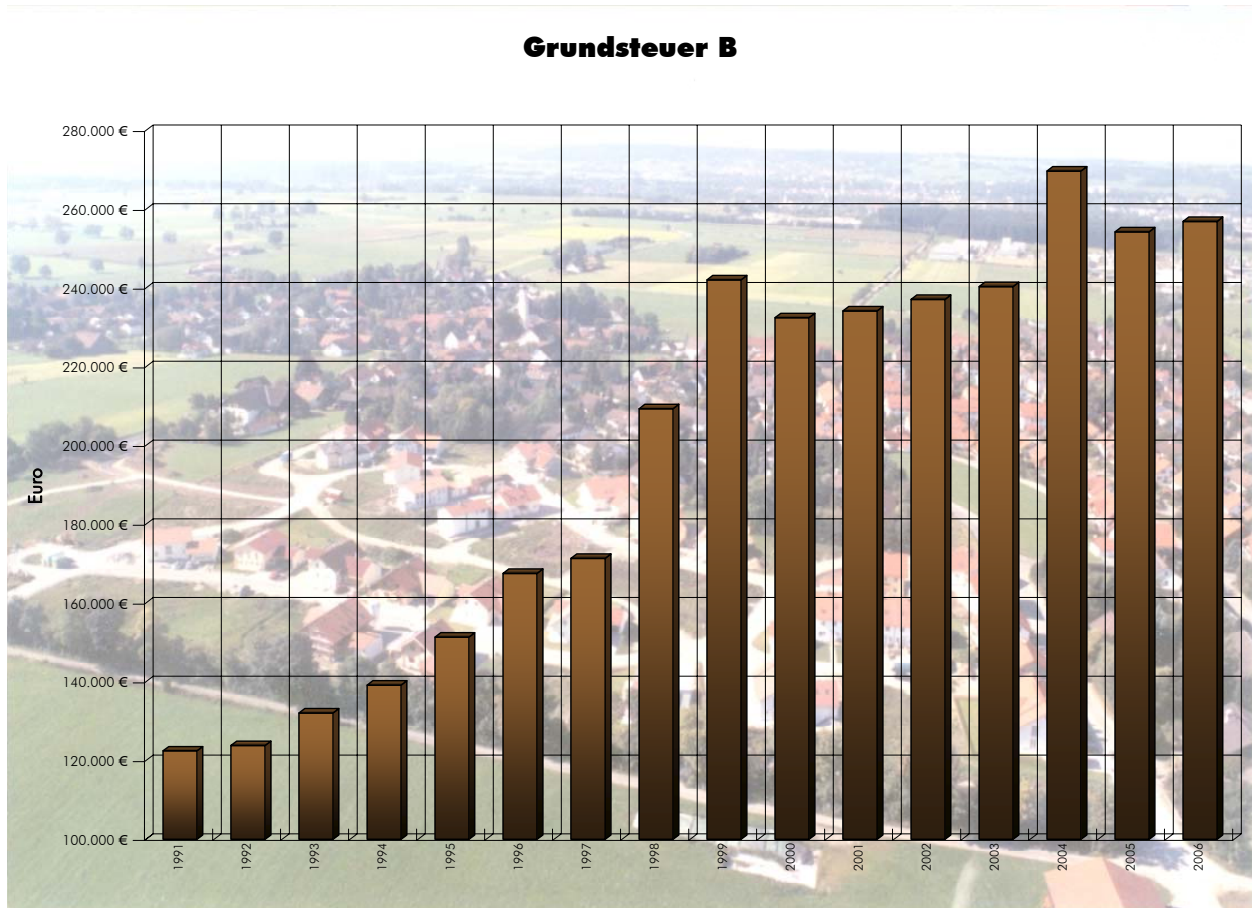


3.2. Grundsteuer A

Bei den Realsteuern lag das Aufkommen der Grundsteuer A mit einem Jahressoll von 26.953 EUR beim Ansatz von 26.900 EUR im Haushaltsplan, im mehrjährigen Vergleich ein durchschnittliches Jahresaufkommen.

3.3. Grundsteuer B

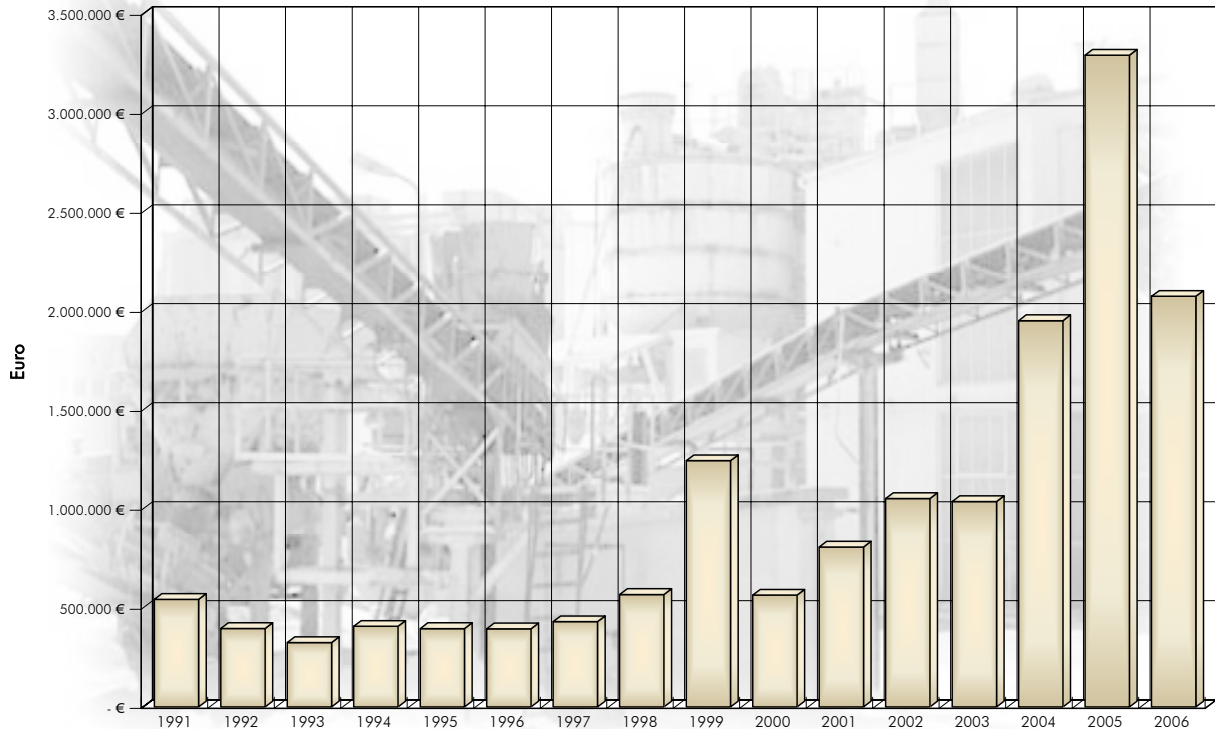
Das Aufkommen der Grundsteuer B erreichte mit 256.922 EUR etwas mehr als den Ansatz von 255.000 EUR, die Tendenz einer stetigen Steigerung ist erkennbar, die aufgrund der Neubauten im Wohn- und Gewerbebereich weiter anhalten dürfte.



3.4. Gewerbesteuer

Das historisch hohe Gewerbesteueraufkommen des Vorjahres wurde nicht mehr erreicht, mit 2.073.725 EUR wurde jedoch im Mehrjahresvergleich das bisher zweithöchste Ergebnis erreicht. Im Haushaltsansatz war von einem Aufkommen von 1.700.000 EUR ausgegangen worden. Im Haushaltsjahr 2007 muss aufgrund des hohen Ergebnisses von 2005 mit einer wesentlich höheren Kreisumlage gerechnet werden.

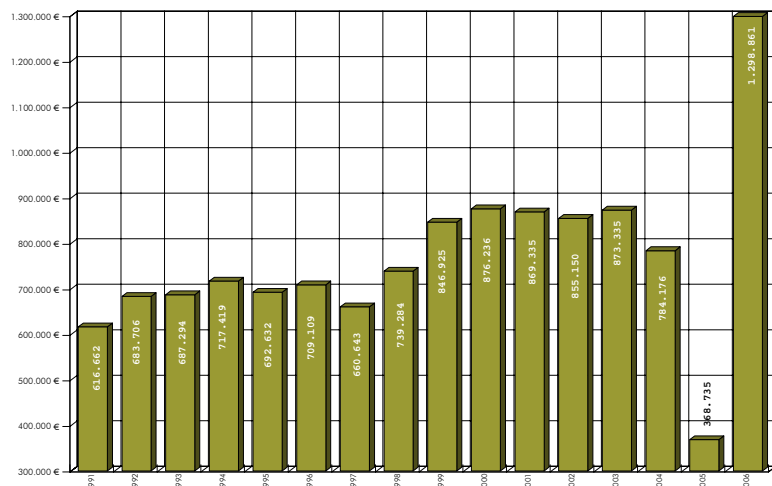
Gewerbesteuer



3.5. Einkommensteuerbeteiligung

1.298.861 EUR wurden an die Gemeinde im Rahmen der Einkommensteuerbeteiligung ausgeschüttet. Aufgrund fehlerhaft verarbeiteter Datenmeldungen im Jahr 2005 beinhaltet dieser Betrag noch eine Nachzahlung für das Jahr 2005 und ist somit nur beschränkt aussagekräftig. Im Haushaltsjahr 2007 wird von einem realen Aufkommen von 1.100.000 EUR ausgegangen.

Einkommensteuerbeteiligung

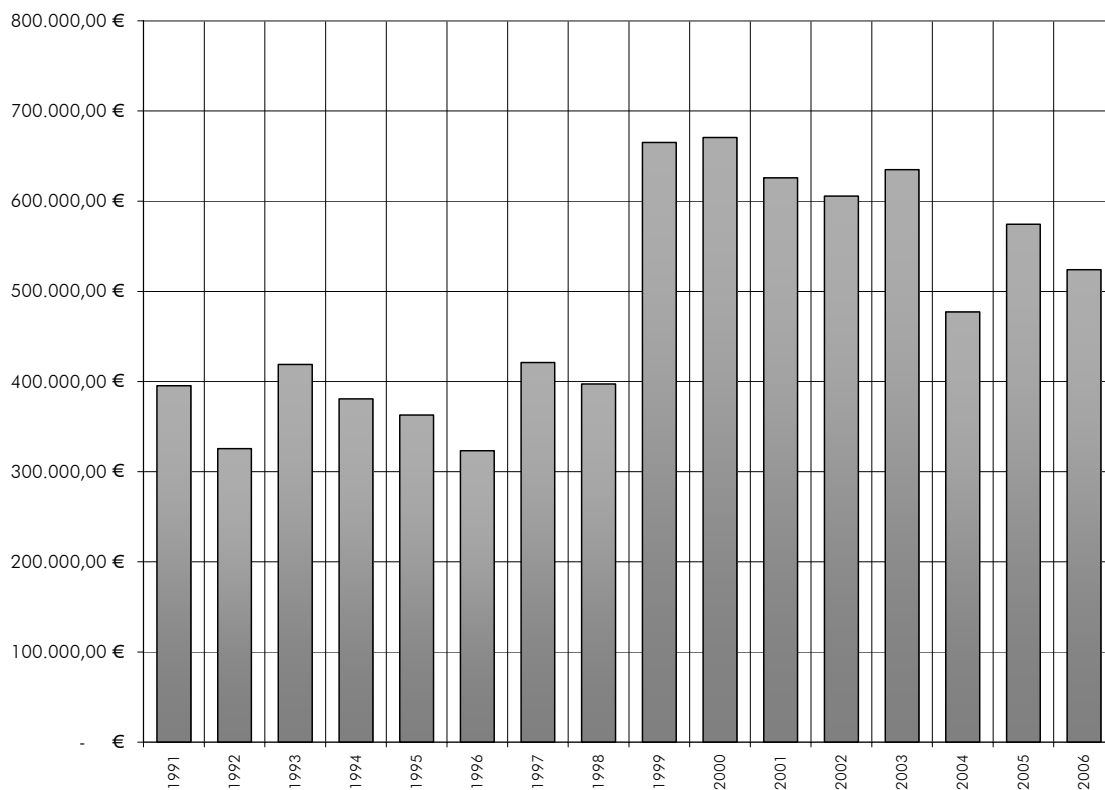


3.6. **Verwaltungs- und Betriebsausgaben**

Die Ausgaben für den sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand lagen mit 524.044 EUR fast genau bei den veranschlagten 525.792 EUR. In der Grafik wird der mehrjährige Trend erkennbar, durch optimierte Bewirtschaftung des gemeindlichen Vermögens effektiven Mitteleinsatz zu gewährleisten, ohne jedoch die Qualität des Unterhalts zu vermindern. Mit Vergrößerung des Gemeindevermögens durch Zukauf von Grundstücken bzw. neuen Gebäuden und Gebäudeteilen werden diese Kosten mittelfristig wieder ansteigen.

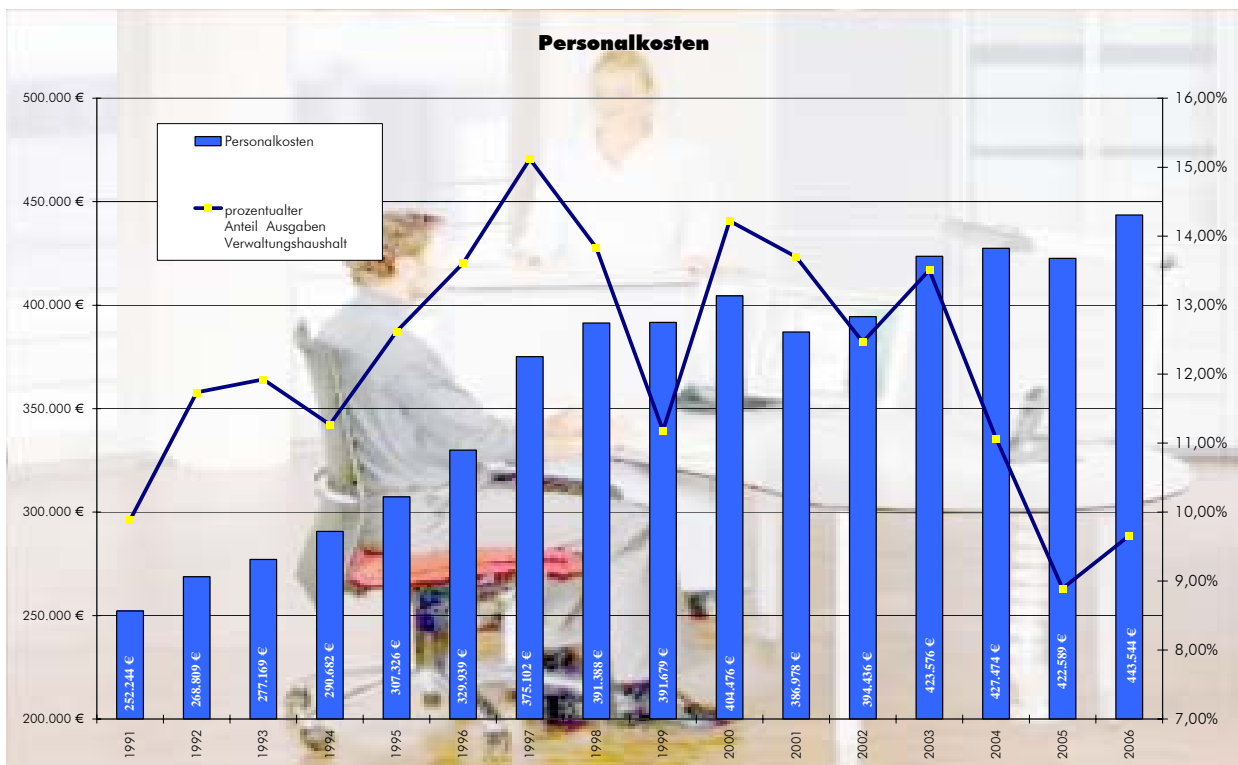
Im Sachaufwand sind keine Personalkosten des Gemeindebauhofes und der Verwaltung enthalten.

Verwaltungs- und Betriebsausgaben



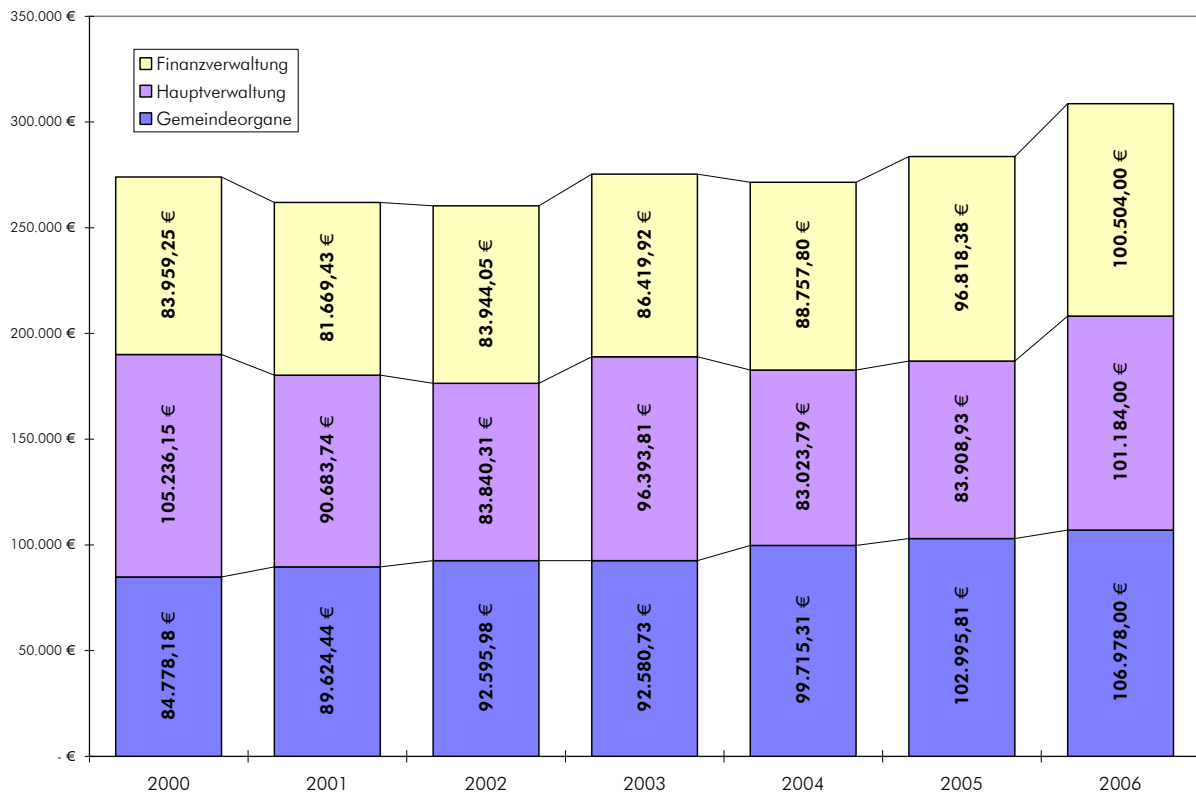
3.7. Personalausgaben

Die Personalausgaben lagen mit 443.544 EUR um 6,40% unter den entsprechenden Haushaltsansätzen. Ein Teil dieser Kosten wird durch andere Kostenträger bzw. Weiterverrechnungen wieder ersetzt. Hier sind vor allem die Lohnkosten für das am Wertstoffhof beschäftigte Personal aufzuführen. Aufgrund der Reformen am Arbeitsmarkt und der Tarifbindung auch der geringfügig Beschäftigten sind die Personalkosten insgesamt –vor allem im Bereich der geringfügig Beschäftigten– über die letzten Jahre deutlich angestiegen. Durch die Einführung des neuen Tarifvertrages für den Öffentlichen Dienst (TVöD) ab 01.10.2005 wird das gesamte Tarifgefüge umgestaltet. Grund für die Steigerung gegenüber dem Vorjahr ist in erster Linie die Wiederbeschäftigung einer Mitarbeiterin in der Verwaltung, die ab Januar 2006 nach der Elternzeit ihre Arbeit wieder mit 20 Wochenstunden aufgenommen hat.



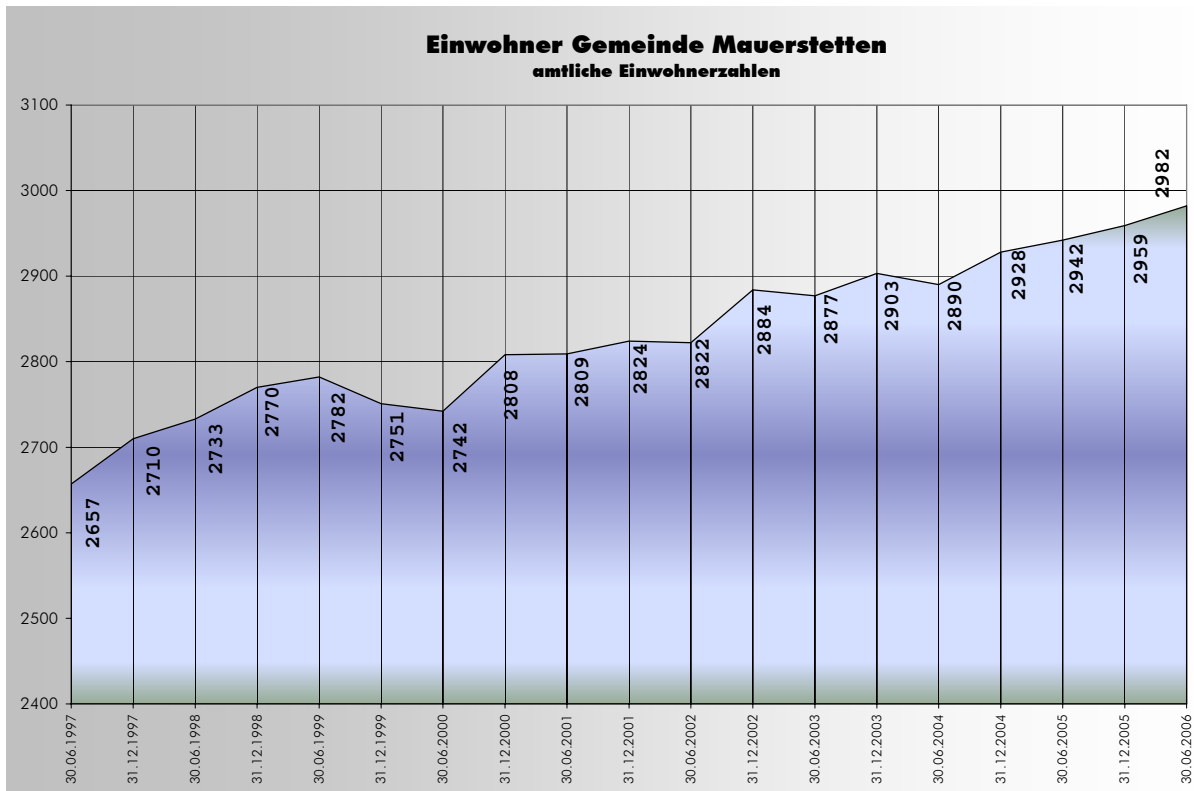
Soweit möglich, werden gemeindliche Leistungen gegenüber Dritten auch wieder weiterverrechnet, beispielsweise die Mithilfe bei der Vermessung, die Behebung von Schadensfällen Dritter etc.. Von Seiten der Verwaltung wird ständig angestrebt, die Personalkosten durch möglichst effizienten Einsatz von vorhandenen Ressourcen zu minimieren. Voraussetzung hierfür ist jedoch, dass alle Möglichkeiten zur Optimierung von Arbeitsabläufen ausgeschöpft werden und auch die notwendige Technik und Arbeitsausstattung vorhanden ist. Des weiteren ist die Qualifikation und Motivation der Mitarbeiter die wichtigste Komponente. Hier wird versucht, durch ständige Aus- und Weiterbildungen den Wissensstand an die Anforderungen anzupassen.

Personalkosten



In der obigen Grafik ist die Verteilung der Personalkosten im Einzelplan 0 auf die Gemeindeorgane (Hauptamtlicher Bürgermeister, weitere Bürgermeister, Gemeinderat), die Haupt- sowie die Finanzverwaltung der Gemeinde ersichtlich. Bei den Aufwendungen der Finanzverwaltung ist zu berücksichtigen, dass auch der geschäftsleitende Bedienstete zu 100% bei der Finanzverwaltung verbucht wird.

Die mittlerweile gut funktionierende EDV-Unterstützung und Bürokommunikation innerhalb der Gemeindeverwaltung bringt in einigen Bereichen gegenüber früheren Zeiten spürbare Entlastungen der personellen Ressourcen. Andererseits entstehen durch veränderte Anforderungen der Bürger und weitergehende gesetzliche Vorgaben wieder neue Aufgaben; durch die in immer kürzeren Zeitabständen eintretenden Rechtsänderungen in vielen Bereichen ist vor allem eine Kleinverwaltung ständig gefordert. Insgesamt ist festzustellen, dass vor allem innerhalb der Verwaltung die Tätigkeiten vom Umfang her bei gleicher Einwohnerzahl gleich bleiben, jedoch müssen immer mehr Anforderungen an die Qualifikation der Mitarbeiter gestellt werden, um rationell und ohne Personalmehrungen die anstehenden Aufgaben erledigen zu können.



Zum Stichtag 30.06.2006 hatte die Gemeinde Mauerstetten mit 2.982 Einwohnern mit Hauptwohnsitz die bisher höchste Einwohnerzahl.

4. Investitionen

Gemeindeverwaltung

Für die Gemeindeverwaltung mussten etwa 2.000 EUR in Ersatzbeschaffungen von Geräten investiert werden.

Knapp 20.000 EUR kostete die Vorbereitung, Durchführung und Abschluss des Architektenwettbewerbes zum Neubau eines Rathauses. Dieser wurde im Dezember 2006 abgeschlossen.

Feuerwehr

Für die Beschaffung von Meldeempfängern und eines größeren Wassersaugers wurden 7.600 EUR investiert.

Hörmannschule

Etwa 580.000 EUR wurden noch für die Fertigstellung der Erweiterung der Hörmannschule aufgewendet. Für Baunebenkosten wurden noch ca. 22.000 EUR benötigt. Die Gesamtkosten für den Anbau einschließlich aller Nebenkosten sowie der mobilen Ausstattung und der Gestaltung der Außenanlagen liegt nun bei etwa 900.000 EUR.

Die Investitionsumlage für den Schulverband Germaringen betrug 22.900 EUR.

Straßenbau

Zusammen etwa 16.000 EUR wurden für die Anschaffung von 400 Meter Schneefangzaun sowie zweier Großspielgeräte investiert. 86.500 EUR waren noch für Resterschließung des Baugebietes Oberried sowie der Abbiegespur zur ST 2014 notwendig.

Entwässerungseinrichtung

Etwa 235.000 EUR wurden im Tiefbau sowie Nebenkosten zur Abwasserbeseitigung ausgegeben, die Kosten wurden nahezu ausschließlich für den Bau dreier Entlastungsbecken benötigt, die nach den Vorgaben des Generalentwässerungsplanes zu errichten waren.

Mehrzweckhalle Sonnenhof

Etwa 17.600 EUR wurden für eine komplett neue Beschallungsanlage im Sonnenhof investiert. An Restzahlungen sowie abschließenden Regiearbeiten der neuen Heizungsanlage waren noch ca. 10.000 EUR aufzubringen.

Bauhof

Mit 19.500 EUR schlugen Anschaffungen von beweglichem Vermögen im Bauhof zu Buche. Neben einem neuen Grasaufnahmegerät sowie einem Rasenmäher wurde zum Jahresende auch ein Mercedes Sprinter als Ersatz für den wirtschaftlich verbrauchten VW Taro beschafft. Weiters mussten einige Werkzeuge, die bei einem Einbruch entwendet wurden, ersatzbeschafft werden. Diese Aufwendungen wurden aber zum Großteil von der Versicherung ersetzt.

Allgemeines Grundvermögen

Für verschiedene Grundstückskäufe wurden 368.000 EUR investiert, im Gegenzug wurden Bauplätze für rund 255.621 EUR verkauft.

Der Gesamtbetrag der Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen betrug im Haushaltsjahr 1.396.000 EUR.

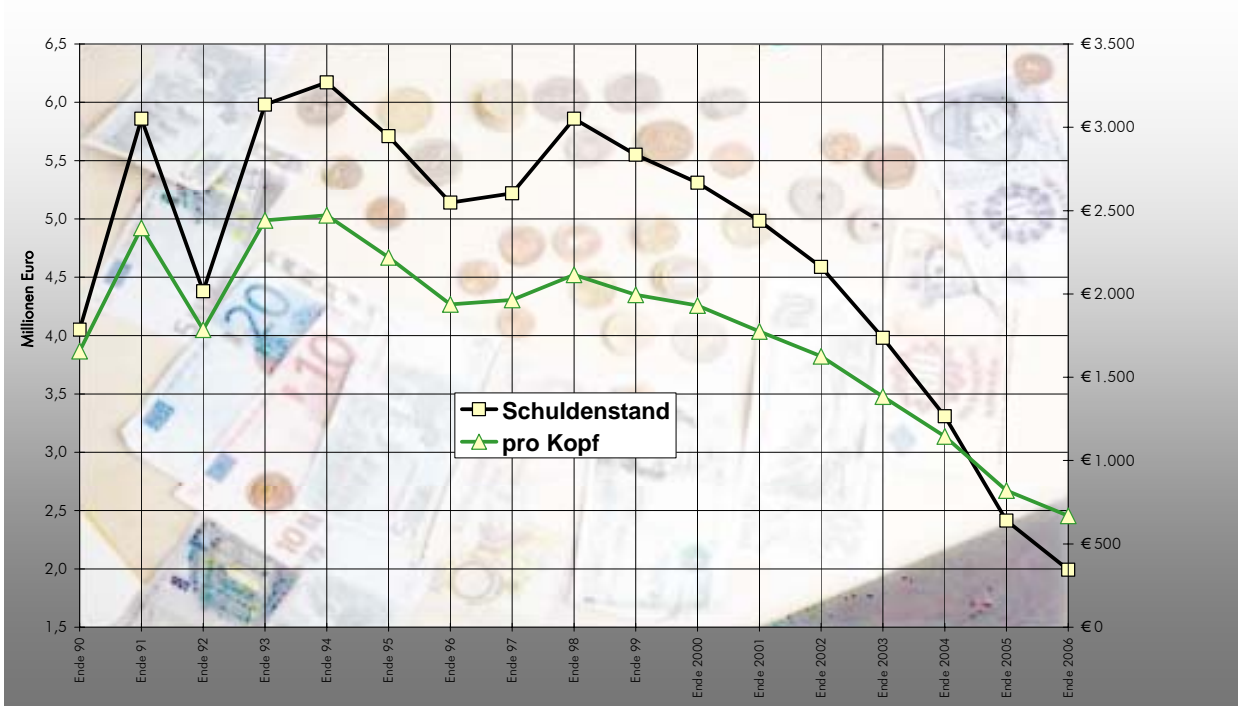
5. Schulden

Im Haushaltsjahr 2006 wurden keine Darlehen aufgenommen. Es wurden Darlehenstilgungen in Höhe von 419.952,32 EUR geleistet. Die Verschuldung der Gemeinde Mauerstetten beträgt damit zum 31.12.2006

1.992.730,61 EUR,

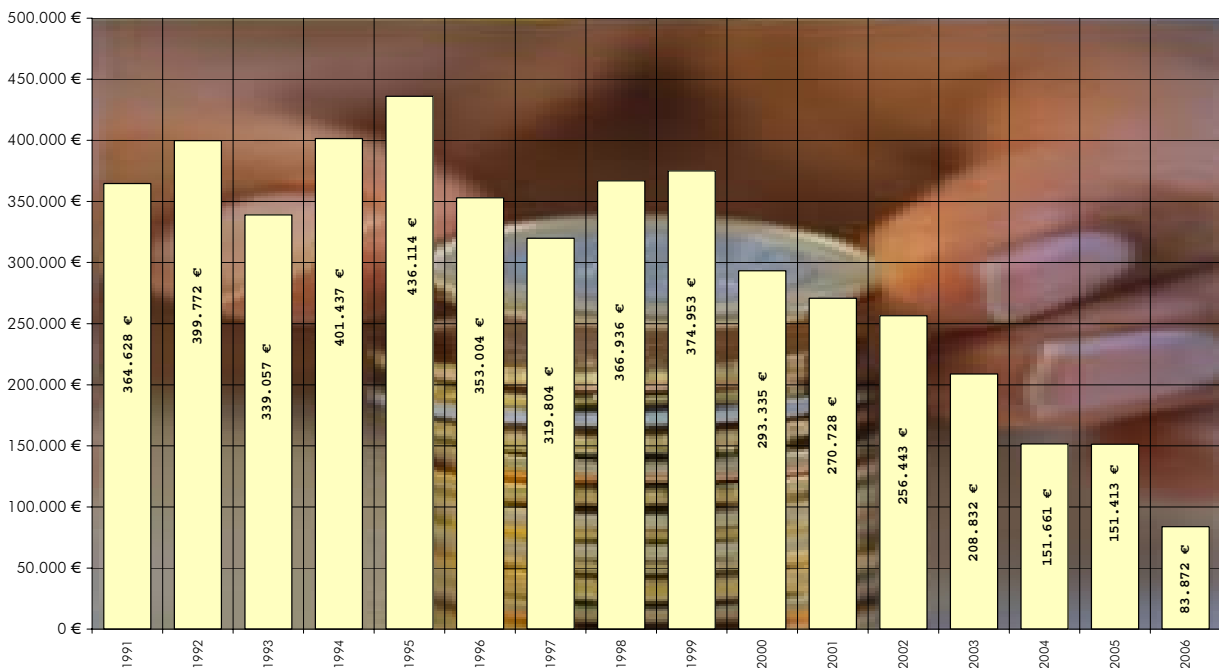
was einer Verschuldung von 668 EUR pro Einwohner entspricht. Das bereits seit den letzten Jahren gesteckte Ziel einer deutlichen Reduzierung der Gesamtverschuldung der Gemeinde konnte somit erreicht werden. Um langfristig handlungsfähig zu bleiben, muss es weiterhin oberste Priorität sein, den Schuldenstand dauerhaft deutlich zu verringern. Bei der derzeitigen politischen Lage ist davon auszugehen, dass staatliche Leistungen in allen Bereichen dauerhaft reduziert werden und damit die Finanzausstattung der Kommunen geringer wird. Kommunen werden sich wohl längerfristig nur noch das leisten können, was sie mit eigenen Finanzmitteln erbringen können. Auf staatliche Förderungen wie in der Vergangenheit zu hoffen, um Investitionen zu tätigen, wird wohl künftig kein guter Rat mehr sein.

Schulden Gemeinde Mauerstetten



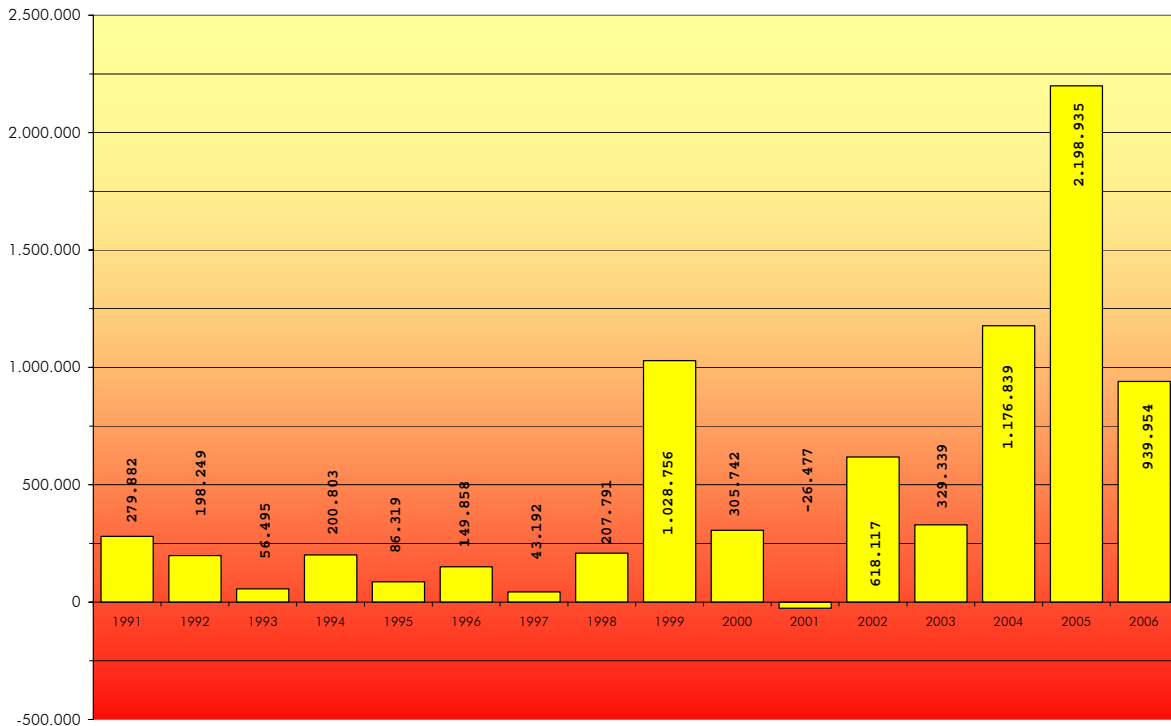
Die Belastung durch Zinszahlungen betrug 2006 rund 83.872 EUR, das entspricht nur noch etwas mehr als der Hälfte gegenüber dem Vorjahr. Durch diese inzwischen gegenüber Vorjahren moderate Zinsbelastung wird der Handlungsspielraum im Verwaltungshaushalt spürbar vergrößert. Die Zinsbelastung wird im Haushaltsjahr 2007 weiter auf 68.100 EUR sinken.

Zinsbelastung



6. Zuführung zum Vermögenshaushalt

Als Jahresabschlussbuchung konnte ein Betrag von 939.953,38 EUR dem Vermögenshaushalt zugeführt werden. Das ist zwar deutlich weniger als im Vorjahr, im mehrjährigen Vergleich jedoch immer noch ein ansehnlicher Betrag.



Nach § 22 Abs. 1 Satz 2 KommHV muss die (Mindest-)zuführung zum Vermögenshaushalt mindestens so hoch sein wie die ordentliche Tilgung von Krediten. Dieser Betrag konnte im Haushaltsjahr 2006 deutlich überschritten werden, die ordentlichen Darlehenstilgungen betragen 419.952 EUR. Diese Pflichtzuführung ist um über 100% überschritten.

Die Mittel der Zuführung an den Vermögenshaushalt –gekürzt um die Darlehenstilgungen– sind letztendlich die einzige disponible Finanzmasse der Gemeinde für Investitionen ohne auf Leistungen der Bürger bzw. die Verwertung gemeindlichen Vermögens zurückgreifen zu müssen. Nachdem in Vorjahren teilweise nicht einmal die vorgeschriebene Mindestzuführung erwirtschaftet werden konnte, zeigen die Zahlen doch recht deutlich, dass das mittelfristige Ziel der gemeindlichen Finanzpolitik eine deutliche Senkung der Verschuldung sein muss.

7. Allgemeine Rücklage

Im abgelaufenen Haushaltsjahr wurde als Abschlussbuchung ein Betrag von 216.022,25 EUR allgemeinen Rücklage zugeführt. Nachdem im Jahr 2006 auch eine Rücklagenentnahme von 873.901,39 EUR zur Deckung des Haushalts herangezogen werden musste, ergibt sich bereinigt ein Defizit von 657.879 EUR. Zu bemerken ist, dass in diesem Ergebnis bereits die Bildung von Haushaltsausgaberesten im Vermögenshaushalt in Höhe von 604.400 EUR berücksichtigt ist. Selbst ohne diese Haushaltsreste wäre der Haushalt 2006 nicht auszugleichen gewesen, ein Sollfehlbetrag in Höhe von 53.479 EUR wäre entstanden.

8. Kassenlage

Die Kassenlage war im abgelaufenen Haushaltsjahr stets geordnet, nahezu ganzjährig konnten nicht benötigte Kassenmittel als Termingelder angelegt werden. Aus diesen Anlagen wurden Zinsen von 16.800 EUR erwirtschaftet.

9. öffentliche Einrichtungen

9.1. Abwasserbeseitigung

Aus der Abwasseranlage wurde im Rechnungsjahr ein Defizit von 5.514 EUR erwirtschaftet. Derzeit ist eine Neuberechnung der Einleitungsgebühren nicht notwendig, da die Ergebnisse jährlich in der obigen Größenordnung als Überschuss bzw. Defizit schwanken.

9.2. Mehrzweckhalle Sonnenhof

Mit knapp 7.000 EUR Defizit schließt auch die Verpachtung der Mehrzweckhalle Sonnenhof. Die Zahl ist jedoch wenig aussagekräftig, da sämtliche Investitionen unberücksichtigt bleiben und keine Abschreibungen eingestellt werden. Es handelt sich hier also nur um den reinen laufenden Betrieb.

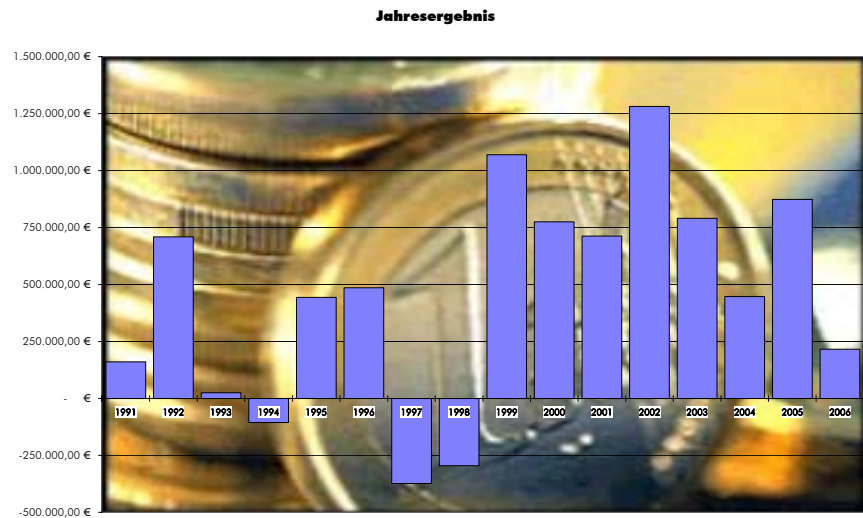
Auch hier ist mit einem wachsenden Defizit im Lauf der Jahre zu rechnen, nachdem aufgrund des Alters des Gebäudes die Unterhaltungskosten steigen. Wenn auch weiterhin ein Betrieb, der nahezu kostendeckend sein soll, angestrebt wird, wird die Gemeinde sicherlich auch konzeptionell gefordert sein. Aufgrund des geänderten Konsumverhaltens großer Teile der Bevölkerung dürfte die konventionelle Verpachtung des gesamten Gebäudes wie bisher zukünftig wohl kein tragfähiges Konzept mehr sein. Allenfalls eine Spezialisierung auf bestimmte profitable Kernbereiche wird eine wirtschaftliche tragfähige Basis erbringen können. Die Gemeinde muss sich klar werden, was künftig das Ziel der Bewirtschaftung dieses Gebäudes sein soll und wie dies umgesetzt werden kann.

9.3. Bestattungseinrichtung

Aus dem laufenden Betrieb ergab sich ein Defizit von etwa 1.800 EUR, darin sind noch keine Kosten für Abschreibungen und Verzinsung des Anlagekapitals enthalten. Es wäre dringend angezeigt, im Rahmen einer Neukalkulation der Gebühren eine längst fällige Erhöhung vorzunehmen, da auch die gemeindliche Bestattungseinrichtung kostendeckend betrieben werden muss.

10. Analyse

In der Grafik sind die Ergebnisse der Jahresrechnungen der Vorjahre einschließlich des Haushaltsjahres 2006 dargestellt. In den Jahren mit positivem Ergebnis konnten am Jahresende Rücklagenzuführungen vorgenommen werden, bei den negativen Jahresergebnissen schloss die Jahresrechnung jeweils mit einem Sollfehlbetrag ab. Zu Bedenken ist jedoch, dass die Rücklagenzuführungen jeweils im Folgejahr wieder als Deckungsmittel bei den Einnahmen des Vermögenshaushaltes herangezogen werden müssen, es werden auf diese Weise also keine „bleibenden“ Rücklagen erwirtschaftet.



Wesentlich aussagekräftiger ist das „bereinigte Jahresergebnis“, in dem der Überschuss zum Jahresende um den Betrag vermindert wird, der jeweils im Vorjahr der Allgemeinen Rücklage zugeführt und im Haushaltsjahr wieder zur Deckung entnommen wurde.



Hier wird das jeweils tatsächlich erwirtschaftete Jahresergebnis ablesbar. Im Beobachtungszeitraum 1991 bis 2006 wurde hier ein kumuliertes Defizit von rund 21.000 EUR erwirtschaftet. Diese Auswertung ist natürlich nur von bedingter Aussagekraft, da sie sich nur auf die tatsächlich geflossenen Einnahmen und Ausgaben beziehen, der durch Investitionen geschaffene Vermögenszuwachs ist dabei unberücksichtigt, da dieser im Rahmen der kameraleen Buchführung nicht bilanziert wird.

Bei nochmaliger Betrachtung der obigen Ausführungen zur Rücklagenzuführung ist festzustellen, dass ohne das gute Vorjahresergebnis mit seiner enormen Rücklagenzuführung im Haushaltsjahr 2006 bei unveränderten Einnahmen und Ausgaben ein Sollfehlbetrag entstanden wäre. Konsequenz zur Vermeidung eines solchen wäre eine reduzierte Investitionsmöglichkeit gewesen.

Ziel der weiteren Finanzplanung muss eine weitere kontinuierliche Senkung des Schuldenstandes der Gemeinde sein. Auch bei dem derzeit günstigen Darlehenszins bedeutet jede Million Euro zusätzliche Verschuldung eine jährliche Zinsbelastung von etwa 45.000 EUR bis 50.000 EUR, die nicht als Finanzmasse für Investitionen zur Verfügung steht. Soweit die kommenden Jahre weiterhin von ähnlich gutem Steueraufkommen geprägt sein sollten, sollte ein deutlicher Abbau der Verschuldung ein realisierbares Ziel bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode sein. Bei gleich bleibenden Konditionen und keinen weiteren Darlehensaufnahmen beträgt der Schuldenstand der Gemeinde bis zum Jahresende 2009 lediglich noch 860.000 EUR, die jährliche Tilgungsleistung ab dem Jahr 2010 beträgt etwa 200.000 EUR, ab dem Jahr 2012 noch rund 70.000 EUR.

Die Gemeinde wird bereits 2007 und 2008 durch die gute Steuerkraft der Vorjahre bei der Kreisumlage erneut erheblich zur Kasse gebeten. Wenn in den Folgejahren dann ein nur durchschnittliches Steueraufkommen ansteht, ist schnell die Zuführung in den Vermögenshaushalt und damit der Finanzspielraum der Gemeinde verschwunden. Als Maßstab für die finanzpolitischen Entscheidungen sollte daher ein durchschnittliches Steueraufkommen zu Grunde gelegt werden, soweit darüber Mehreinnahmen entstehen, sollten diese zur Schuldentilgung eingesetzt werden.

Ein weiterer Punkt, der im kommenden Jahr politisch thematisiert werden sollte, ist die Wiedereinführung der Konzessionsabgabe. Seit dem Jahr 2006 verzichtet die Gemeinde auf einen Großteil der Konzessionsabgabe, um die privaten Haushalte zu entlasten. Damit sind Mindereinnahmen von jährlich etwa 50.000 EUR verbunden. Der erhoffte Erfolg, eine Entlastung der Bevölkerung, dürfte jedoch verfehlt worden sein, denn einem Großteil der betroffenen Bürger war das Vorhandensein dieser Abgabe innerhalb der Stromrechnung gänzlich unbekannt, es wurde durch den Verzicht eine Subvention im Gießkannenprinzip ohne soziale Komponente gewährt. Hier sollte ernsthaft überlegt werden, ob nicht eine Wiedereinführung und die Verwendung der Mittel punktuell nach sozialen Gesichtspunkten bzw. projektbezogen sinnvoller sein kann.

87665 Mauerstetten, 7. Januar 2007

Holderried
Leiter der Finanzverwaltung